TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

F/XIX/66

Bonn, der 7. April 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:		Zeilen:
1 - 2	Profil gesucht	84

Substanzmangel erschwert das Bemühen der CDU
 Von Günter Markscheffel

3	<u>Glosse:</u>	
	"30 - 40 000 DM aus der Westentasche"	33
	Der Prokurist und seine Freundin	

4 - 5	Chruschtschow tastet in Ungarn das "Terrain" ab	60
	Kremlechef bläst zum "Sameln"	
	Von unserem Korrespondenten Harry Schleicher, z.Z. in Budapest	

5	<u>Italiens Krise</u>	33
	Unternehmer und Kommunisten Hand in Hand	

6	<u>"Rüge aus Moskau"</u>	50
	Antisemitismus in der Sowjetunion	

Chefredakteur Günter Markscheffel

Profil gesucht

Substanzmangel erschwert das Bemühen der CDU

Von Günter Markscheffel

Wenige Tage vor dem CDU-Parteitag in Hannover meinte der Geschäftsführende CDU-Vorsitzende Dufhues vor einem kleinen Kreis Bonner Journalisten, die Partei werde sich jetzt ein neues Profil geben. Erfreut ob dieser Ankündigung begaben sich die so informierten Journalisten spannungsgeladen nach Hannover. Sie wurden enttäuscht, denn weder in Hannover selbst, noch nachher ist es ihnen gelungen, die Verwirklichung der von Dufhues angekündigten Profilierung der CDU zu entdecken.

* * *

Kaum jemals nach dem zweiten Weltkrieg hat eine Partei in der Bundesrepublik nach einem ihrer Parteitage eine so schlechte Presse gehabt wie der "Profil-Kongress" der CDU in Hannover. Bis hinein in die Spalten der den Christdemokraten nahestehenden Zeitungen und Zeitschriften hat ein großes Wehklagen darüber begonnen, daß die Partei Konrad Adenauers saft- und kraftlos sei, daß es ihr an einer Zukunftsvision fehle und daß man weder innen-, noch aussenpolitisch viel von ihr erwarten dürfe. Wohlwollende Kommentatoren geben gute Ratschläge, obwohl auch sie nicht ihre Befürchtung verbergen können, daß es knapp ein Jahr vor der Bundestagswahl zu spät sein dürfte, um noch einiges von dem wieder gut machen zu können, was in der Vergangenheit versäumt wurde.

* * *

In Hannover wurde deutlich, daß der Arbeitnehmerflügel der CDU trotz wohlklingender Reden einiger seiner Exponenten bei der Gestaltung der Politik dieser Partei kein Gehör findet. Die Wiederwahl des seit Jahren unstrittenen Bundesministers Theodor Blank in das Präsidium der Partei spricht für sich.

Wirtschaftspolitisch mußte sich die Partei in Hannover mit den stets gleichen Fanfarenstößen des langjährigen Bundeswirtschaftsministers und jetzigen Bundeskanzlers Erhard begnügen. Trotz der auch hier angekündigten Robustheit in dem Bemühen, die Preislawine endlich aufzuhalten, ist es bei Worten geblieben. Die Preise laufen weiter davon; ein wirtschaftspolitisches Konzept, mit dessen Hilfe die Regierung das Preisgefüge in ihren Griff bekommen könnte, blieb unsichtbar.

* * *

Dem Mittelstand hat man wieder einmal die Ohren vollgeblasen. Er soll sich auf Steuerermässigungen freuen dürfen. Aber gleichzeitig haben sich die deutschen Vertreter beim EWG-Ministerrat in Brüssel sagen lassen müssen, daß derartige Ankündigungen nicht dazu ge-

7. April 1964

eignet seien, die Homogenität der europäischen Wirtschaftsentwicklung zu gewährleisten. Kurz darauf hat die Regierung die interessierten Kreise wissen lassen, daß frühere Ankündigungen über mögliche Steuerermässigungen "nicht so wörtlich" genommen werden dürften...

Mit der Agrarpolitik ist es so ähnlich. Da reden die deutschen Vertreter in Brüssel von ihren guten europäischen Absichten zur Schaffung eines gemeinsamen Agrarmarktes. In der Bundesrepublik dagegen wird den speziell interessierten Kreisen versprochen, daß diese Erklärungen in Brüssel nicht so ernst zu nehmen seien und daß man vor der Bundestagswahl 1965 auf keinen Fall irgendwelchen Angleichungen des Getreidepreises seine Zustimmung geben werde.

* * *

Das sind nur einige wenige Beispiele für die Unaufrichtigkeit und Konzeptionslosigkeit der sogenannten Profil-Partei, die zu allem Überflus in ihren öffentlichen Erklärungen noch so tut, als sei sie nie an der Regierung beteiligt gewesen und als hätte sie infolgedessen nicht schon längst alles das verwirklichen können, was sie jetzt den Wählern verspricht.

* * *

Für Hannover hatte man auch die Darstellung einer übersichtlichen deutschen Ausserpolitik erwartet. Bundesaussechminister Schröder blieb jedoch im Hintergrund. Darauf erklärte man bei der CDU-Führung, das sei von Schröder bewußt so gemacht worden, weil er die Absicht gehabt habe, vor dem Forum des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU in München eine großangelegte und richtungweisende Rede zu halten.

Nach dem Ergebnis dieser mit großen Hoffnungen erwarteten Tagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU zu urteilen, wäre man versucht, von einem "München der CDU" zu sprechen. Ausser der Tatsache, daß sich Herr Schröder mit Herrn Strauß in friedlicher Eintracht den Fotografen stellte und ausser einigen unverbindlichen Bemerkungen über länger bekannte ausserpolitische Tatbestände, sowie Hinweise auf freundliches Verhalten auch gegenüber einigen Ostblockstaaten, muß auch hier Fehlanzeige gemeldet werden. Das angekündigte "Profil" der CDU war auch in München nicht zu sehen.

Ganz verwegene Beobachter des politischen Zeitgeschehens meinen hartnäckig, die CDU habe doch wenigstens noch das große "C" als ihr Profil darzubieten. Aber auch das ist schon längst abgegriffen, seitdem die Wähler in der Bundesrepublik ganz genau wissen, daß christliches Tun im besten Sinne des Wortes durchaus nicht parteigebunden ist. Es ist keineswegs so, daß man in der CDU-Führung nicht auch um alle diese Dinge wüßte. Dort weiß man sehr gut Bescheid und überlegt gerade im Augenblick, mit welchen Mitteln das fehlende Profil ersetzt werden könnte. Im Streit der Meinungen scheint sich eine Gruppe durchzusetzen, die den Begriff "Härte" als das Allheilmittel anpreist. Andere meinen, die Profilierung der Partei beginne damit, daß man den Bürger die angebliche Übereinstimmung von CDU-Worten und CDU-Taten klarmache. Obwohl wir mit Spannung darauf warten, welche der beiden Auffassungen sich schließlich durchsetzen wird, glauben wir sagen zu können, daß keine Instände sein dürfte, das mangelnde Profil der CDU hervorzuzaubern.

+ + +

Glosse:

"30 - 40 000 DM aus der Westentasche"

Der Prokurist und seine Freundin

H.B. - In Essen stand kürzlich eine 22-jährige Bardame vor Gericht, weil sie einen Scheck in Höhe von 1 000 DM eine Null angefügt hatte, um daraus 10 000 DM zu machen. Während der Verhandlung wurde bekannt, daß der Aussteller des Schecks, der Prokurist einer hochangesehenen Firma war. Die Geschichte wäre an sich uninteressant, wenn bei der gleichen Gelegenheit nicht unwidersprochen festgestellt worden wäre, daß der Herr Prokurist der ihm befreundeten 22-jährigen Bardame im vergangenen Jahr etwa 30 bis 40 000 DM in bar, neben einigen anderen Geschenken in Naturalien, gegeben hätte. Auf die Frage an die wegen Scheckfälschung angeklagte Bardame, ob sie sich nicht Gedanken darüber gemacht habe, woher das Geld komme, meinte diese treuherzig, ihr Freund habe das Geld immer nur so aus der Tasche gezogen, und fügte hinzu: "Wenn er es nicht gekonnt hätte, hätte er es doch nicht getan."

Die junge Dame denkt ohne Zweifel logisch. Wenn er es nicht gekonnt hätte, hätte er es gewiß nicht getan. Er hat es aber gekonnt, und zwar ohne daß es irgendjemandem aufgefallen wäre. Weder seiner Familie, noch seiner Firma, noch dem Finanzamt.

Mitunter muß man sich wirklich fragen, was bei uns nicht stimmt. 30 - 40 000 DM, so nebenbei aus der Westentasche, das kann der Herr Prokurist. Derselbe Mann hat vielleicht noch vor kurzen mit dem Betriebsrat der Firma stundenlang darüber diskutiert, ob man irgendwo im Werk eine bessere Klimaanlage einbauen könne, ohne dadurch eine empfindliche finanzielle Schwächung des Unternehmens hervorzurufen. Vielleicht hat er auch mit donnernder Stimme getönt: "Meine Herren, wenn das so weitergeht mit Ihren Forderungen, dann ruinieren Sie die deutsche Wirtschaft!"

Möglich ist alles, besonders dann, wenn ein Prokurist seiner 22-jährigen Freundin so nebenbei mal 30 - 40 000 DM auf den Tisch geblättert hat, ohne daß es jemand merkte. Denn wenn das Mädchen nicht bei der Scheckfälschung erwischt worden wäre, wüßte vielleicht jetzt sogar noch niemand, wie freigiebig der Herr Prokurist sein kann. Nicht einmal das Finanzamt.

Chruschtschow tastet in Ungarn das "Terrain" ab

Von unseren Korrespondenten Dr. Harry Schleicher, z.Z. in Budapest

Die sich seit langem abzeichnende Spaltung der kommunistischen Weltbewegung ist in diesen Tagen in ihre vorletzte Phase getreten. Zur gleichen Zeit, da in Moskau die Polemik mit den immer schärfer werdenden Chinesen wieder öffentlich geworden und die Weichen auf die Einberufung einer Weltkonferenz aller kommunistischen Parteien gestellt worden sind, reist der sowjetische Parteichef Nikita Chruschtschow, äußerlich recht unbesorgt, durch Ungarn. Wenngleich ihm die Unterstützung Kádars für seine Endabrechnung mit Peking auch von vornherein als sicher gelten mußte, scheint doch eben die politisch-moralische Mobilisierung aller Kräfte gegen China das wichtigste Anliegen dieser Reise. Auf alle Fälle scheint Chruschtschow in Ungarn das "Terrain" abtasten zu wollen.

Ungarn hatte sich sofort als erstes Land dem sowjetischen Vorgehen aus eigener Initiative angeschlossen. Inzwischen sind ähnliche Stellungnahmen in Ostberlin und Sofia erfolgt. Prag und Warschau dürften wohl bald folgen, während in Bukarest erst eine Plenarsitzung des Zentralkomitees einberufen worden ist, bei der, nach der mißglückten rumänischen Vermittlungsaktion in China, sich auch die rumänischen Kommunisten zu einer entschiedeneren Position werden durchbringen müssen. Die Zeiten des ideologischen Livrierens gehen ihrem Ende entgegen. Ob dies den größeren politischen Freiheitsgrad mindern wird, den sich Bukarest als Folge des sowjetisch-chinesischen Konfliktes herausnahm, bleibt abzuwarten.

Welche Seite die kommunistischen Parteien Osteuropas in dieser Auseinandersetzung offiziell unterstützen werden, steht außer Frage. Bis auf Albanien werden sie Moskau Gefolgschaft leisten. Aber wie tief die prosovietische Haltung in der einzelnen Parteien wirklich geht, ist selbst für Kenner der kommunistischen Belange nur schwer zu durchschauen. Allzu differenziert sind die Fraktionen, als daß man annehmen könnte, die internen Fronten könnten etwa in der KP Ungarns, Polens, Rumäniens, Bulgariens oder Ostdeutschlands die gleichen sein.

Die Gefahr einer linken prochinesischen Opposition dürfte in Ungarn zweifellos am geringsten sein. Hier hat die wenngleich mißglückte Revolution von 1956 die Voraussetzung für die Liquidierung der stalinistischen Kräfte geschaffen. Wer nicht wie Ungarns Diktator Rakosi ins sowjetische Exil ging, ist durch die Selbstüberung der ungarischen Partei politisch weitgehend entmachtet worden. Wenn Chruschtschow trotzdem seine antichinesische Polemik in einer seiner Reden vor der Bevölkerung der zweitgrößten ungarischen Stadt Miskolc in ein ausschließlich antistalinistisches Gewand gekleidet hat, so sicherlich in dem Bewußtsein, daß er damit auf größtes Verständnis bei den einfachen Menschen stößt, die die haarspalterische ideologische Dialektik nicht verstehen, dafür sich jedoch noch allzu gut an die Vorgänge der stalinistischen Epoche erinnern.

Welche internen Konsequenzen die Auseinandersetzung mit China in Ungarn haben könnte, hat der ungarische Parteichef János Kádár in einigen seiner Reden deutlich werden lassen. In den Warnungen an

die linke und rechte Opposition, kam der letzteren als Revisionisten umschriebenen Gruppe sicherlich weit größere Bedeutung zu. Sie sollten ja nicht versuchen, die Auseinandersetzung mit Peking für die Erreichung ihrer eigenen politischen Fehler auszunutzen. Das mag so klingen, als könnte man gewisse harte innenpolitische Konsequenzen erwarten. Aber das Bekenntnis zur Fortsetzung des eigenen "zentralistischen Kurses", der in Ungarn einen hohen Grad von "Liberalismus" beinhaltet, mindert solche Befürchtungen. Wenn vielleicht auch nicht unmittelbar in der Anfangsphase, so dürfte doch auf lange Sicht der definitive Bruch mit den dogmatischen Kräften im Lager des Weltkommunismus nur noch weitere innenpolitische Erleichterungen mit sich bringen.

+ + +

Italiens Krise

Unternehmer und Kommunisten Hand in Hand

sy - Seitdem es in Italien eine Regierung gibt, an der neben den Christdemokraten und Sozialdemokraten auch die linksorientierten Kenni-Sozialisten beteiligt sind, erschüttert eine Streikwelle nach der anderen das Land. Die Parteien der jetzigen Regierungskoalition hatten sich auf der Grundlage eines fortschrittlichen Reformprogramms geeinigt, um endlich der schleichenden Inflation und der großen in Italien seit Jahr und Tag bestehenden Unterschiede zwischen arm und reich Herr zu werden. Es war damit zu rechnen, daß dieses Programm die Unterstützung der Gewerkschaften und möglicherweise sogar der Unternehmerverbände finden würde. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß zahlreiche Unternehmer das Reformprogramm der Regierung genauso heftig bekämpfen wie die größte von den Kommunisten geführte Gewerkschaft. In italienischen Wirtschafts- und Gewerkschaftszeitungen kann man zur Zeit fast die gleichen Argumente gegen die Regierung der Mitte lesen. Es handelt sich hierbei weniger um wirtschaftliche, als vielmehr um politische Argumente, die alle in der Forderung gipfeln, daß die Regierung abgelöst werden müsse. - Diese Situation könnte als grotesk bezeichnet werden, wäre sie nicht eine große Tragik für das ganze italienische Volk. Hemmungslos überboten sich schwerkreiche Industrielle und kommunistische Gewerkschaftsfunktionäre mit Angriffen gegen die Regierung, wobei ganz offensichtlich ist, daß es beiden ganz gleichgültig sein dürfte, was nach einem möglichen Sturz der jetzigen Regierung aus Italien werden könnte.

In Italien wiederholt sich eine von den kommunistischen Parteien vieler Länder und auch von Unternehmerkreisen schon oft praktizierte Taktik. Soziale Reformprogramme werden von der extremen Rechten und von der extremen Linken gemeinsam bekämpft. Die einen tun dies, um weiterhin Großverdiener bleiben zu können, die anderen, um die sogenannte bürgerliche Demokratie aktionsunfähig zu machen. Bei beiden dient die berechnete Unzufriedenheit der Massen als Grundlage ihrer Agitation. In Deutschland vor 1933 war während der großen Wirtschaftskrise diese Taktik der Rechten und der Kommunisten die Voraussetzung für die Zersetzung und schließliche Zerstörung der Demokratie.

+ + +

"Rüge aus Moskau"

Antisemitismus in der Sowjetunion

sp - Schon seit langem weiß man, daß den Juden in manchen Republiken der Sowjetunion das Leben nicht leicht gemacht wird. Die großen jüdischen Weltorganisationen haben deshalb mehrfach offiziell bei der Regierung der Sowjetunion die Abstellung der die Juden diskriminierenden Maßnahmen gefordert. Von offizieller Seite in Moskau wurde bisher stets das Vorhandensein antisemitischer Aktivitäten geleugnet. Man verwies darauf, daß "Rassendiskriminierung" in der Sowjetunion verfassungswidrig sei und erklärte nach dem Motto: "daß nicht sein kann, was nicht sein darf", alle Beschwerden von jüdischer Seite für gegenstandslos. Wenn gelegentlich trotzdem Übergriffe gegen jüdische Bürger bekannt werden, behauptete man, hier handele es sich nicht um spezifisch antisemitische Äußerungen, sondern um Vorgänge, die unter die Rubrik "Freiheit für den Atheismus" fielen. Man wollte damit andeuten, mögliche Gegner der Juden hätten diese nicht beschimpft, weil sie Juden seien, sondern weil sie als gläubige Juden angenommen hätten, eine Ausnahmestellung einnehmen zu können.

Eine ganze Weile konnte sich Moskau mit diesen Ausreden vor der Weltöffentlichkeit über die Runden bringen. Kürzlich veröffentlichte jedoch eine französische Wochenzeitung Karikaturen aus der im "Verlag der Akademie der Wissenschaften der ukrainischen Republik" in Kiew erscheinenden Schrift "Judaismus ohne Verzierung". Mit ihren Gemeinheiten standen die Karikaturen denen des NS-STÜRMERS von Julius Streicher keineswegs nach. Auch der Text der Schrift war eine eindeutige antisemitische Aussage. Die Veröffentlichung dieser Karikaturen in Frankreich brachte besonders die französischen Kommunisten in größte Bedrängnis, da sie in den vergangenen Jahren am lautesten gegen die "Lügen" vom Vorhandensein des Antisemitismus in der Sowjetunion gewettert hatten.

Um diese peinlichen Vorgänge abzumildern, hat jetzt die ideologische Kommission des Zentralkomitees der KPdSU generell den Mitarbeitern der sowjetischen Verlage und der Presse empfohlen, bei der Herausgabe von atheistischer Literatur "sorgfältiger" vorzugehen. Mit dem Hinweis auf das in Kiew erschienene Buch meint die Kommission, dieses Werk sei "schlecht vorbereitet" gewesen und könne sowohl auf ideologischem als auch auf erzieherischem Gebiet der Partei Schaden zufügen. Der Verfasser hätte das Wesen der jüdischen Religion in einigen Fragen "falsch beleuchtet" und durch fehlerhafte Aussagen sowie durch die Illustrationen des Buches die Möglichkeit geboten, daß gläubige Juden sich beleidigt fühlen und das Buch als antisemitisch auslegen könnten. Dies widerspreche der "leninistischen Linie der KPdSU in religiösen und nationalen Fragen" und gebe den antisowjetischen Angriffen ideologischen Gegenahrung, die um jeden Preis versuchten, ein jüdisches Problem in der Sowjetunion zu schaffen. Die ideologische Kommission der KPdSU schließt ihre Rüge mit dem Hinweis auf ein Zitat von Chruschtschow, wonach es in der Sowjetunion kein antisemitisches Problem gebe.

Diese auch in der PRAWDA veröffentlichten Rüge der zitierten antisemitischen Veröffentlichung, ist ganz offensichtlich der Versuch, die Wogen der Empörung zu glätten, die ausserhalb der Sowjetunion über die antisemitischen Strömungen in mehreren sowjetischen Republiken entstanden sind. Kenner der Verhältnisse bezweifeln jedoch, daß die "Rüge aus Moskau" an den allgemein bekannten Tatbeständen etwas ändern wird.